

Bericht zur

16. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union der CDU am 6. und 7. Oktober 2016 in Magdeburg

Die Senioren-Union der CDU hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die volle Unterstützung bei der Bundestagswahl 2017 zugesagt. „Die Kanzlerin kann sicher sein, dass die Mehrheit der Älteren hinter ihr steht“, versprach der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Otto Wulff, unter starkem Beifall der Teilnehmer auf der 16. Bundesdelegiertenversammlung in Magdeburg. In ihrer Rede hatte Bundeskanzlerin Merkel für ihren Kurs in der Flüchtlingspolitik geworben: „Wer wirklich Schutz sucht, muss bei uns Schutz finden.“ Allerdings müssten sich auch Flüchtlinge konsequent an deutsche Gesetze halten und Integrationsangebote nutzen, mahnte Merkel.

Bei der zweitägigen, sehr harmonisch verlaufenden Bundesversammlung hatten die Delegierten den Vorsitzenden Prof. Dr. Otto Wulff mit 96,2 Prozent der Stimmen für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt. Vorher hatte Wulff in einer kämpferischen, 70-minütigen Ruckrede mehr politische Mitbestimmung der Senioren in der Politik eingefordert. Unter lautem Applaus der Delegierten kündigte Wulff an, dass sich die Älteren künftig mehr einmischen wollten. Dabei gehe es nicht um die Durchsetzung einer Politik für Ältere, sondern um einen Beitrag für eine solidarische Gesellschaft von Jung und Alt.

Darüber hinaus forderte Wulff mit Blick auf die Herausforderungen für eine erfolgreiche Integration von Flüchtlingen, dass sich alle Menschen unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit der deutschen Werteordnung anpassen müssten. „Die Zuwanderer haben eine Bringschuld, die sie einlösen müssen, wie das in jedem anderen Land der Welt verlangt wird.“ Und weiter: „Wer in unserem Land Hass und Unfrieden gegen Christen predigt und die Integration in unsere Gesellschaft als Angriff auf seine religiöse Identität bezeichnet, der hat in unserem Land nichts zu suchen“, so Wulff. Außerdem biete die deutsche Verfassung jedem die Möglichkeit, das Land jederzeit zu verlassen. Wulff sprach sich für schnellere Identitätsprüfungen aus, um zu verhindern, dass die Einwanderung ausgenutzt und Deutschland überfordert werde. „Deutschland kann nicht alle Menschen aufnehmen, die keinen Asylanspruch haben“, sagte der Senioren-Vorsitzende. „Im Übrigen hat im Land auch niemand etwas zu suchen, der das Existenzrecht Israels in Frage stellt.“ Der Senioren-Vorsitzende stellte klar, dass sich die Vereinigung künftig auch mit „klaren Positionen“ zur Außenpolitik zu Wort melden werde.

In einem Grußwort am ersten Veranstaltungstag hatte der Vorsitzende der Jungen Union, Paul Ziemiak, einen offenen Dialog über die Zukunft der Rente und über das Jahr 2030 hinaus verlangt. Dabei müsse klar sein, dass der Kostenanstieg nicht nur über Beitragserhöhungen finanziert werden dürfe. „Wir müssen auch über eine längere Lebensarbeitszeit diskutieren“, sagte Ziemiak.

In den Antragsberatungen sprachen sich die Delegierten der Senioren-Union u.a. dafür aus, dass die Bundesregierung einen Beauftragten für Demografie berufen soll. Der Landesvorsitzende der Senioren-Union Thüringen, Rolf Berend, erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass die ältere Generation heute die größte Wählergruppe stellt: „Wer die Älteren hat, hat die Mehrheit“, sagte Berend.

Auch haben die Delegierten beschlossen, dass in den kommenden zwei Jahren ein Grundsatzprogramm erarbeitet werden soll. Über den bis dahin erarbeiteten Entwurf wird dann auf der Bundesdelegiertenversammlung im Herbst 2018 beraten.

Einig waren sich die Delegierten auch in der Forderung nach einem Verbot der Vollverschleierung und zu einem Bekenntnis zur deutschen Sprache im Grundgesetz. Um die Älteren nach dem Renteneintritt auf freiwilliger Basis für den Arbeitsmarkt zurück zu gewinnen, soll die Bundesagentur für Arbeit eine Beratungsfunktion übernehmen. „Bessere Hinzuverdienstmöglichkeiten für Menschen in der nachberuflichen Phase können zudem dazu beitragen, der wachsenden Altersarmut ein Stück weit entgegenzuwirken“, heißt es im angenommenen Antrag C 10.

In einer Podiumsdiskussion, die am Nachmittag des ersten Veranstaltungstages stattfand, diskutierten namhafte Teilnehmer über das deutsch-russische Verhältnis im europäischen Kontext, wobei teils sehr unterschiedliche Sichtweisen über den russischen Präsidenten Wladimir Putin deutlich wurden. Der Direktor des Zentrums für Deutschlandforschungen in der Russischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Dr. Vladislav Belov, betonte „Missverständnisse“ im deutsch-russischen Verhältnis. Russland würde die NATO als Bedrohung empfinden und glaube, dass Deutschland „amerikanisiert“ sei. Der ehemalige deutsche Botschafter in Moskau, Dr. Ernst-Jörg von Studnitz, sprach sich für vertrauliche Gespräche mit Putin aus, um die verfahrenere Situation in den Griff zu bekommen. Auch der Senioren-Vorsitzende Otto Wulff pochte darauf, dass der Gesprächsfaden nicht abreißen dürfe. Moderator Friedhelm Ost, der die „Putin-Versteherin“ Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz mehrfach scharf anging, hob hervor, dass ohne Russland weltpolitisch nur wenig zu bewegen sei. Der ehemalige „Superminister“ Wolfgang Clement vermerkte mit Nachdruck, dass der aggressive Kurs Putins auf die Destabilisierung Europas abziele. Clement erwarte eine „schrecklich lange Strecke, wenn wir das wieder hinkriegen wollen“.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte im außenpolitischen Teil ihrer Rede den Syrienkonflikt und die Rolle Russlands darin aufgenommen: „Ich kann auch hier nur an Russland appellieren, Russland hat viel Einfluss auf Assad: Wir müssen dieses grauenhafte Verbrechen so schnell wie möglich beenden“. Auch in Syrien gebe es keine militärische Lösung, warnte Merkel.

Der neu gewählte Bundesvorstand traf sich im Anschluss an die Bundesdelegiertenversammlung zu seiner konstituierenden Sitzung. Helga Hammer, Leonhard Kuckart, Claus Bernhold, Christa Thoben und Heidi Exner sowie Wolfgang Börnsen wurden zu den Stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Senioren-Union gewählt. Als Schatzmeister bestätigt wurde Heinz Soth. Der Bundesvorsitzende Otto Wulff machte zum Abschluss deutlich, dass die Senioren-Union weiter gegen jede Politik kämpfen werde, die von Phantasten und Radikalen betrieben werde. Mit ihrer Erfahrung hätten die Älteren eine große Verantwortung und Verpflichtung, für Frieden und Freiheit zu kämpfen.